



23.029

Bundesgesetz über Regionalpolitik. Änderung

Loi fédérale sur la politique régionale. Modification

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

Antrag der Mehrheit
Eintreten

Antrag der Minderheit
(Burgherr, Aeschi Thomas, Amaudruz, Büchel Roland, Feller, Gössi, Guggisberg, Martullo, Matter Thomas, Schneeberger, Walti Beat)
Nichteintreten

Proposition de la majorité
Entrer en matière

Proposition de la minorité
(Burgherr, Aeschi Thomas, Amaudruz, Büchel Roland, Feller, Gössi, Guggisberg, Martullo, Matter Thomas, Schneeberger, Walti Beat)
Ne pas entrer en matière

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir behandeln das Eintreten und die Detailberatung in einer einzigen Debatte.

Ritter Markus (M-E, SG), für die Kommission: Die Änderung des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik geht auf das Postulat 15.3228 des Bündner SVP-Nationalrates Heinz Brand aus dem Jahre 2015 zurück. Das Postulat beauftragte den Bundesrat, einen Bericht über die mittel- und langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Alpenbogens aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorzulegen.

Mit der Änderung des Bundesgesetzes über die Regionalpolitik soll es möglich werden, dass ausgewählte kleine Infrastrukturprojekte in beschränktem Umfang auch mit A-Fonds-perdu-Beiträgen unterstützt werden können. Bisher konnte der Bund nur zinsgünstige und zinslose Darlehen für die Finanzierung von Infrastrukturvorhaben gewähren. Der A-Fonds-perdu-Beitrag pro Projekt ist mit maximal 50 000 Franken eng begrenzt. Damit wird sichergestellt, dass es sich nur um kleinere Projekte handelt, die mit diesem Instrument unterstützt werden können. Grössere Projekte sollen mit NRP-Darlehen oder aus der Privatwirtschaft finanziert werden. Für die Auswahl der zu unterstützenden Projekte kommen klare Kriterien zur Anwendung, die zusammen mit den kantonalen NRP-Fachstellen erarbeitet und vom Bundesrat in einer Verordnung festgelegt werden. Ordnungspolitische Vorbehalte können somit entkräftet werden. In der Botschaft wird, auf Seite 3, auf Pilotprojekte in den Kantonen Uri und Neuenburg hingewiesen, die mit dieser Massnahme erfolgreich umgesetzt werden konnten.

Die Kosten für diese Förderung werden pro Jahr bei maximal 1,5 Millionen Franken liegen. Die Umsetzung erfolgt budgetneutral. Ich verweise hier auf Seite 9 der Botschaft: "Die Änderung hat keinen Einfluss auf den Bundeshaushalt." Wann hören wir dies schon einmal bei einem Projekt? "Die Anträge an das Parlament zur Äufnung des Fonds für Regionalentwicklung für die Mehrjahresperiode 2024–2031 werden dadurch nicht verändert. Auch der Werterhalt des Fonds ist davon kaum betroffen." Ebenfalls werden durch diese Änderung





keine zusätzlichen personellen Ressourcen benötigt. Damit

AB 2023 N 1230 / BO 2023 N 1230

nimmt diese Vorlage auch auf die aktuellen finanzpolitischen Gegebenheiten die notwendige Rücksicht.

Die Vernehmlassungsantworten zu dieser Vorlage waren grossmehrheitlich positiv. 25 von 26 Kantonen und die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz unterstützen diese Gesetzesänderung. Auch die Mehrheit der grossen Dachverbände der Wirtschaft steht positiv zu dieser Gesetzesanpassung.

Für die Mehrheit der Kommission überwiegen die positiven Aspekte dieser Vorlage. Mit einer zusätzlichen Massnahme können kleinere, aber wichtige Projekte in den Regionen gezielt gefördert werden. Damit werden im Einklang mit den Kantonen wichtige Impulse für die Entwicklung gerade im Bereich des Tourismus und der Naherholung gegeben. Die Minderheit erachtet die Gesetzesänderung als nicht nötig und will auf private Initiativen setzen.

Die Kommission entschied mit 14 zu 10 Stimmen, auf die Vorlage einzutreten. Ich bitte Sie, hier der Mehrheit zu folgen.

Zur Detailberatung: Zu Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c liegt ein Minderheitsantrag vor. Die Minderheit Badran Jacqueline will den Text mit einer Bestimmung zur Nachhaltigkeit sowie zur Klima- und Umweltverträglichkeit ergänzen. Die Kommission erachtet das Anliegen grundsätzlich als sympathisch. Nun ist es aber so, dass das Bundesgesetz über die Regionalpolitik die Nachhaltigkeit in Artikel 2 Buchstabe a als erstes der Grundprinzipien vorgibt. Dieser Grundsatz gilt für die gesamte Gesetzgebung. Eine nachhaltige Entwicklung beinhaltet auch eine klima- und umweltverträgliche Entwicklung. Die Mehrheit der Kommission folgt daher dem Bundesrat und ist der Auffassung, dass eine nochmalige Erwähnung der Nachhaltigkeit in Artikel 7 nicht nötig ist. Die Kommission beantragt Ihnen mit 14 zu 10 Stimmen, bei Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c beim Entwurf des Bundesrates zu bleiben. Ich bitte Sie auch hier, der Mehrheit zu folgen.

Gesamthaft beantragt Ihnen die Mehrheit der Kommission, auf die Vorlage einzutreten, immer den Anträgen der Mehrheit zu folgen und dem Entwurf in der Gesamtabstimmung zuzustimmen.

Burgherr Thomas (V, AG): Ich spreche im Namen einer Minderheit für Nichteintreten auf diese Vorlage.

Die SVP anerkennt, dass Rand- und Bergregionen strukturell benachteiligt und wenig attraktiv für Privatinvestoren sein können. Anschubfinanzierungen für Entwicklungsinfrastrukturen, welche die Grundlage für private Investitionen bilden, können deshalb sinnvoll sein. Da es sich dabei um direkte Eingriffe des Staates in die freie Marktwirtschaft handelt, müssen solche Finanzhilfen behutsam, subsidiär und auch föderalistisch erfolgen. Staatliche Finanzhilfen im vorgesehenen Detaillierungsgrad sind daher auf keinen Fall Aufgabe des Staates. Ein Giesskannenprinzip mit A-Fonds-perdu-Beiträgen von 50 000 Franken gehört nicht in den Bundeshaushalt. Wir müssen uns bei der aktuellen Situation auf das Wesentliche konzentrieren und dürfen nicht immer noch mehr Subventionstöpfe öffnen.

Einmal eingerichtet, das wissen wir, kriegt man solche Förderinstrumente kaum mehr weg. Wenn schon, müssen Kantone oder Gemeinden die entsprechenden Projekte in ihrer Region auswählen und auch bezahlen. Durch den nationalen Finanzausgleich werden bereits Gelder in die Rand- und Bergregionen umverteilt.

Es ist aber auch so, dass in diesem Bereich doch primär private Initiativen und eigenverantwortliches Engagement gefragt sind. Mit solch neuen Fördertöpfen torpedieren wir gerade die private Initiative. Denn für solche Projekte lassen sich lokale Unternehmen und engagierte Einzelpersonen finden. Gemeinden können solche Initiativen mit günstigen Rahmenbedingungen und mit Wohlwollen schon heute fördern, wenn sie denn wollen. Es braucht meist auch nicht unbedingt viel Geld, sondern unbürokratische Behörden, Vernetzung und einfach etwas Mut, vor Ort etwas zu wagen. Es braucht nicht unbedingt immer den Staat und schon gar nicht den Bund dazu.

Bei uns in Zofingen ist genau ein solches Projekt entstanden: ein neues Coworking-Zentrum. Da hat sich die lokale Standortförderung engagiert, und das Wohlwollen der Politik war vorhanden. Das Geld haben die Initianten aber selber zusammengekriegt. Es engagieren sich lokale Unternehmer und innovative Leute, weil sie eine Leidenschaft haben und irgendeinen sozialen und unternehmerischen Nutzen darin sehen. Das sollten wir unterstützen, aber nicht mit Bundesgeldern, sondern durch Wertschätzung und lokale Vernetzung. Ich habe das Projekt als Holzbauunternehmer ebenfalls unterstützt, weil ich es eine gute Sache fand. So entstehen dann auch langfristige Lösungen, lokal eingebettete Projekte. Wieso sollen grosse Projekte privat und unternehmerisch finanziert werden und kleine, wie hier, nicht? Das ist unverständlich. Genau für kleine Projekte lassen sich gut lokale Geldgeber, Sponsoren, Investoren, Förderer und Unterstützer finden.

Die Äufnung des Fonds für Regionalentwicklung für die Mehrjahresperiode 2024–2031 lehnt die SVP-Fraktion daher grundsätzlich ab. Durch die Erstellung von Fonds wird dem Bund zunehmend der finanzielle Gestal-



tungsspielraum genommen. Die gebundenen Ausgaben nehmen laufend zu. Dieser Trend muss gebrochen werden. Die SVP-Fraktion wird daher nicht auf die Änderung des Bundesgesetzes über Regionalpolitik eingetreten. Hier sind die Kantone, Städte und Gemeinden und insbesondere die Eigenverantwortung und das Unternehmertum gefragt.

Paganini Nicolò (M-E, SG): Geschätzter Herr Kollege Burgherr, können Sie die Aussage in der Botschaft des Bundesrates bestätigen, wonach diese Vorlage für den Bund weder personelle noch finanzielle Konsequenzen hat?

Burgherr Thomas (V, AG): Ja, das kann ich bestätigen, aber das Geld kommt ja von irgendwoher. Wenn man es nicht hier einsetzt, kann man es für etwas anderes einsetzen. Wenn man jemandem Geld gibt, ist doch das Geld weg. Man kann das schon anders umschreiben, aber es ist einfach so: Das Geld ist dann weg.

Badran Jacqueline (S, ZH): An dem Votum vorhin sieht man, dass Herr Burgherr wahrscheinlich noch nie mit tatsächlicher Realpolitik in den Regionen zu tun hatte. Sonst wüsste er nämlich, dass sehr oft gerade der letzte Rest an Geld fehlt, um z. B. auch private Beteiligungen möglich zu machen. Privatinvestoren sagen nämlich: Ja, wir zahlen schon etwas, aber nur, wenn der Kanton oder der Bund mitmacht. Und die Kantone haben sehr oft zu lückenhafte gesetzliche Grundlagen, um irgendetwas tun zu können. In dem Sinne befürworten wir diese leichte Anpassung des Gesetzes und die Ergänzung um A-Fonds-perdu-Beiträge.

Ich selbst leitete Ende der Neunzigerjahre für den Kanton, aus dem mein geschätzter Kollege Ritter kommt – St. Gallen –, die Regionalpolitik. Ich hatte den Vollzug des Investitionshilfegesetzes für Berggebiete unter mir, das namentlich das Sarganserland und das Toggenburg betraf. Insofern liegt mir diese Vorlage doch sehr am Herzen. Aber ich kenne auch den Vollzug und weiss, welche Kriterien einfach anwendbar sind und nach welchen Bedingungen ein Darlehen oder ein A-Fonds-perdu-Beitrag tatsächlich gewährt wird.

Hiermit komme ich zu meinem Minderheitsantrag: Wir fordern als Bedingung, um ein Darlehen oder einen A-Fonds-perdu-Beitrag zu erhalten, dass die Investitionen nachhaltig, klima- und umweltverträglich zu sein haben. Das sind nun einmal die simpelsten Kriterien. Das ist mindestens einfacher nachzuweisen als das Kriterium "soweit diese Nachfolgeinvestitionen in anderen Wirtschaftsbereichen induzieren". Das lässt sich in der Regel nämlich nicht nachweisen.

Ich glaube nicht, dass wir hier ein Eishockeyfeld inmitten einer Biodiversitäts-Oase oder ein neues Gemeindezentrum, das nicht mit erneuerbaren Energien betrieben wird, subventionieren wollen. Insofern bitte ich Sie doch, diesen angemessenen Zusatz, dass nämlich die A-Fonds-perdu-Beiträge zur Nachhaltigkeit, zur Klima- und Umweltverträglichkeit beitragen sollen, zu unterstützen.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzte Kollegin Badran, Sie haben soeben Kollege Burgherr kritisiert wegen seiner fehlenden Kompetenz in Regional- und Lokalpolitik. Ich glaube, er war acht Jahre Vizegemeindeamann und 19 Jahre

AB 2023 N 1231 / BO 2023 N 1231

Grossrat, beide Male gewählt vom Volk. Wie viele Jahre, gewählt vom Volk, haben Sie auf diesen Ebenen politisiert?

Badran Jacqueline (S, ZH): Das tut überhaupt nichts zur Sache. Ich habe Herrn Burgherr nicht die Kompetenz abgesprochen, ich habe nur gesagt: Man sieht, dass er in der Regionalpolitik nicht direkt in diesem Feld gearbeitet hat.

Feller Olivier (RL, VD): Le groupe libéral-radical a décidé de ne pas entrer en matière sur la révision de la loi fédérale sur la politique régionale et vous invite à faire de même.

Le but de cette révision est de permettre à la Confédération de soutenir des projets d'ampleur modeste au travers d'une contribution à fonds perdu, ce qui n'est pas possible aujourd'hui. Le montant maximal qui pourrait être alloué par la Confédération à ce genre de projets serait de 50 000 francs. L'exemple donné dans le message du Conseil fédéral concerne, par exemple, la création d'un parcours pour vélo tout-terrain dans le canton de Neuchâtel.

Le groupe libéral-radical n'entrera pas en matière. Premièrement, il estime que la Suisse repose sur le principe de subsidiarité, la Confédération ne devant pas tout faire. Des collectivités publiques locales peuvent, également, pour démarrer un projet, aider des porteurs de projet au travers de contributions à fonds perdu.

Deuxièmement, dans la législation actuelle sur la politique régionale, il y a déjà un certain nombre d'outils à disposition: il y a des modalités fiscales; il y a des prêts à taux d'intérêt favorable; il y a des prêts sans intérêts



qui sont prévus. Il n'est pas nécessaire d'ajouter des contributions à fonds perdu, d'autant moins dans les circonstances financières actuelles qui concernent la Confédération.

A ce propos, compte tenu du fait que la question a été posée tout à l'heure, je conteste que ce projet n'a aucune implication financière pour la Confédération, parce que les apports au fonds pour la politique régionale font l'objet d'une décision au travers d'un arrêté fédéral qui prévoit un plafond de dépenses. Ensuite, la dépense effective passe par le budget annuel et, dans le cadre de ce budget, le frein à l'endettement s'applique. Donc, dans le cadre du budget annuel, nous pouvons fixer le montant dépensé à un niveau plus ou moins élevé. Je ne vois pas comment on peut prétendre que cette révision de la loi n'a pas d'implication financière pour la Confédération.

Par ailleurs, les outils de financement qui existent actuellement, par exemple les taux d'intérêt réduits, perdraient en attractivité si des contributions à fonds perdu étaient versées. Si, pour une infrastructure, les porteurs de projet peuvent obtenir une subvention de 50 000 francs, ils seront naturellement dissuadés de solliciter d'autres formes d'aide, par exemple de solliciter des prêts sans intérêt.

Nous examinerons prochainement, au sein de la Commission de l'économie et des redevances, le projet d'arrêté fédéral concernant de nouveaux apports au Fonds de développement régional, qui prévoit l'allocation d'un plafond de dépenses de 217,3 millions de francs au versement de nouveaux apports au fonds pendant les années 2024–2031. Cet arrêté figure dans le message du 25 janvier 2023 sur la promotion économique pour les années 2024 à 2027.

Nous examinerons donc cet arrêté et voterons un plafond de dépenses, qui devra ensuite être mis en oeuvre dans les différents budgets annuels. C'est dans ce cadre, le cas échéant, que nous pourrions évaluer l'opportunité d'ajouter d'autres formes d'aide aux aides existantes.

Mais aujourd'hui, in abstracto – dans l'abstrait –, créer une nouvelle forme d'aide nous paraît inadéquat et c'est pourquoi le groupe libéral-radical n'entrera pas en matière.

Baumann Kilian (G, BE): Die grüne Fraktion unterstützt die Gesetzesänderung zur Gewährung von A-Fonds-perdu-Beiträgen im Rahmen der neuen Regionalpolitik. Die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Regionen, Berggebieten und Grenzregionen ist uns Grünen ein grundsätzliches Anliegen. Sie trägt dazu bei, unerwünschte wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Regionen abzubauen, und stärkt so die Chancengleichheit in den Regionen und den Zusammenhalt der Schweiz. Und die unabhängige Evaluation der neuen Regionalpolitik 2016–2023 hat auch gezeigt, dass sich die Investitionsförderung grundsätzlich bewährt und der Entfaltung der lokalen Potenziale zuträglich ist.

Zu den A-Fonds-perdu-Beiträgen: Gerade kleine Projekte, die niederschwellige Angebote im touristischen Bereich generieren, können für eine nachhaltige regionalwirtschaftliche Entwicklung von grosser Bedeutung sein. Für solche Projekte ist die Finanzierung durch die bisher gewährten zinsgünstigen oder zinslosen Darlehen aber oft nicht geeignet, weil diese Projekte den investierenden Projektträgern keinen oder nur einen geringen Cashflow generieren. Solche Projekte sollen deshalb in beschränkter Masse mit A-Fonds-perdu-Beiträgen gefördert werden können. Der Höchstbetrag von 50 000 Franken pro Vorhaben stellt sicher, dass nur kleine Projekte unterstützt werden. Die Umsetzung erfolgt budgetneutral im Rahmen der bestehenden Finanzierung. Es entsteht kein administrativer Mehraufwand. Für die Auswahl der Projekte werden in Zusammenarbeit mit den für die Umsetzung zuständigen kantonalen Fachstellen klare Vorgaben erarbeitet.

Die Vorlage stiess in der Vernehmlassung denn auch grossmehrheitlich auf Zustimmung. 25 der 26 Kantone, die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektorinnen und -direktoren sowie die Regierungskonferenz der Gebirgskantone, aber auch der Bauernverband, der Gewerbeverband, der Gewerkschaftsbund und die Tourismusverbände unterstützen das Anliegen.

Noch kurz zum Minderheitsantrag Badran Jacqueline: Für die grüne Fraktion stellt sich grundsätzlich die Frage der Nachhaltigkeit der geförderten Projekte, insbesondere die Frage nach dem ökologischen Aspekt der Nachhaltigkeit, also nach der Klima- und Umweltverträglichkeit dieser Projekte. Zwar ist die Nachhaltigkeit grundsätzlich im Zweckartikel verankert, und auch andere rechtliche Grundlagen, wie die ordentlichen Bewilligungsverfahren, stellen diesbezüglich Anforderungen an die geförderten Projekte. Ab 2024 sollen zudem Nachhaltigkeitskonzepte erarbeitet und die Kantone dazu verpflichtet werden, diese Konzepte im Rahmen der Regionalpolitik zu berücksichtigen. Doch diese grundsätzlichen Bestimmungen und Bekenntnisse zur Nachhaltigkeit gibt es schon lange, und trotzdem haben wir eine Vielzahl von klima- und biodiversitätsschädigenden Subventionen. Bei der Umsetzung von Projekten in den Kantonen werden solche Nachhaltigkeitsaspekte immer sehr unterschiedlich gewichtet und gehandhabt.

Darum braucht es aus Sicht der grünen Fraktion klare Leitplanken mit der ausdrücklichen Nennung der Nachhaltigkeit und insbesondere der Klima- und Umweltverträglichkeit. In Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c haben wir



die Möglichkeit, diesen ökologischen Aspekten den nötigen Nachdruck zu verleihen. So kann die Regionalpolitik nicht nur zur wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Regionen beitragen, sondern auch sicherstellen, dass geförderte Projekte ökologisch nachhaltig sind.

Die grüne Fraktion wird deshalb auch den Antrag der Minderheit Badran Jacqueline bei Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe c unterstützen, um die Aspekte der Nachhaltigkeit sowie der Klima- und Umweltverträglichkeit zu ergänzen.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Mitte-Fraktion verzichtet auf ein Votum. Sie wird den Anträgen der Mehrheit folgen.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Par le présent message, le Conseil fédéral propose une modification de la loi fédérale sur la politique régionale. Cette modification permet à la Nouvelle politique régionale de soutenir de petits projets d'infrastructure avec des contributions à fonds perdu.

Je vous donne un exemple concret pour illustrer l'objectif de cette modification. Prenons les pistes de VTT du Jura neuchâtelois ouvertes au public: elles ne génèrent pas directement des bénéfices, mais elles génèrent une valeur ajoutée et contribuent au développement économique de la destination touristique. Un prêt n'est pas adéquat pour une petite infrastructure qui ne génère pas ou peu de flux de trésorerie

AB 2023 N 1232 / BO 2023 N 1232

direct. La modification de loi proposée permet de faire aboutir un tel projet grâce à des contributions à fonds perdu.

Soutenir des petits projets d'infrastructure avec des contributions à fonds perdu est un complément judicieux au système en vigueur, c'est-à-dire le financement de projets d'infrastructure de grande envergure par des prêts. L'expérience montre en effet que les prêts ne sont pas le bon instrument pour soutenir des petits projets d'infrastructure particuliers qui, comme je l'ai dit, ne génèrent pas, ou de manière marginale, de flux de trésorerie direct pour l'investisseur.

Ces projets sont importants pour l'économie régionale, s'ils peuvent être utilisés à des fins commerciales par d'autres acteurs économiques. Cette approche pour les petites infrastructures est testée avec succès depuis 2020 dans le cadre d'un programme de mesures pilotes en faveur des espaces ruraux et des régions de montagne. La pertinence de cette approche est confirmée à la fois par l'évaluation de la période pluriannuelle 2016–2023 de la nouvelle politique régionale et par l'évaluation des mesures pilotes 2020–2023.

Par ailleurs, le groupe d'experts Régions de montagne composé de représentants des milieux politiques, économiques et scientifiques s'est prononcé en faveur de cette mesure. Il en va de même pour les cantons responsables de la mise en oeuvre de la nouvelle politique régionale et pour la grande majorité des institutions qui se sont exprimées dans le cadre de la procédure de consultation.

Les projets sont sélectionnés selon des critères clairement définis, élaborés en collaboration avec les services cantonaux chargés de la nouvelle politique régionale. Le Conseil fédéral inscrira les grandes lignes de ces critères dans l'ordonnance sur la politique régionale.

Il y fixera également le seuil de soutien maximal, et ce type de soutien, c'est bien clair, doit rester limité à de petites infrastructures, et les contributions par cas doivent être plafonnées.

Mesdames et Messieurs, il est important de le souligner: cette modification de loi n'entraîne pas d'augmentation des apports annuels de la Confédération au Fonds de développement régional, et n'a donc pas d'influence sur le budget ni sur l'état du personnel. Les moyens alloués à ces petits projets d'infrastructure, qui pourront être financés à l'avenir dans le cadre de la NPR grâce à la modification de la loi, sont pris en compte dans le cadre de l'allocation des ressources du Fonds de développement régional.

Dans ce contexte, nous vous invitons à approuver l'adaptation de la présente modification de loi avec le message sur la promotion économique, qui est traitée par la chambre prioritaire – le Conseil des Etats. Toutes les bases pourront ainsi être mises à disposition des cantons, qui sont les acteurs clés de la politique régionale pour le début de la nouvelle période quadriennale.

Concernant la proposition de minorité de Madame la conseillère nationale Badran, comme pour tous les autres projets NPR, le concept de durabilité de la NPR s'applique ici aussi. Toutefois, la NPR est et reste une politique économique; elle aide les actrices et les acteurs à créer, dans leurs régions, des perspectives économiques pour l'avenir. Les exigences et les attentes d'un développement durable sont une chance qu'il convient d'exploiter également sur le plan économique, et là, les mots clés sont l'économie circulaire, la valorisation du paysage et de la biodiversité, par exemple, pour le développement touristique et ainsi de suite.

Des conflits d'intérêts continueront d'apparaître à l'intersection des objectifs économiques, écologiques et so-



ciaux. Il convient de les aborder de manière proactive et en fonction des opportunités, de manière à minimiser les risques éventuels pour la société, l'environnement et l'économie. A partir de 2024, et il est important de le savoir, le développement durable sera intégré dans tous les programmes NPR en tant qu'objectif concret. Tous les thèmes préférentiels de la stratégie sont ainsi couverts.

Les objectifs comprennent bien entendu des indicateurs, des valeurs cibles et des mesures qui permettent aux acteurs de développer des projets correspondants. Par contre, nous renonçons à fixer des exigences, des critères ou d'autres obstacles supplémentaires. Le cadre légal et réglementaire existant impose déjà des exigences extrêmement élevées qu'il convient bien entendu de respecter.

Dès lors, je vous invite à entrer en matière, comme la majorité de la commission l'a fait, et à voter le projet, à l'exemple du Conseil fédéral et de la majorité de la commission.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir stimmen über den Nichteintretensantrag der Minderheit Burgherr ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 23.029/27019)

Für Eintreten ... 121 Stimmen

Dagegen ... 61 Stimmen

(3 Enthaltungen)

**Bundesgesetz über Regionalpolitik
Loi fédérale sur la politique régionale**

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 7

Antrag der Mehrheit

Titel, Abs. 1 Einleitung, 2 Einleitung, 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Badran Jacqueline, Andrey, Bendahan, Bertschy, Glättli, Marti Samira, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth)

Abs. 1 Bst. c

c. ... einer Region induzieren, die nachhaltig, klima- und umweltverträglich sind.

Art. 7

Proposition de la majorité

Titre, al. 1 introduction, 2 introduction, 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Badran Jacqueline, Andrey, Bendahan, Bertschy, Glättli, Marti Samira, Michaud Gigon, Ryser, Wermuth)

Al. 1 let. c

c. ... d'une région, qui sont durables et respectueux du climat et de l'environnement.



Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 23.029/27020)

Für den Antrag der Mehrheit ... 98 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 86 Stimmen

(1 Enthaltung)

Abs. 1 – Al. 1

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 23.029/27021)

Für Annahme der Ausgabe ... 154 Stimmen

Dagegen ... 32 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

AB 2023 N 1233 / BO 2023 N 1233

Art. 9 Abs. 1, 4; 11; 15 Abs. 3; Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Art. 9 al. 1, 4; 11; 15 al. 3; ch. II

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif; 23.029/27022)

Für Annahme des Entwurfes ... 123 Stimmen

Dagegen ... 62 Stimmen

(1 Enthaltung)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Das Geschäft geht damit an den Ständerat.